

Mitglieder beider Häuser des US-Kongresses wollen zwar auch kein militärisches Eingreifen in der Ukraine, werfen der Obama-Regierung aber vor, in der Krim-Krise nicht hart genug zu reagieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 043/14 – 10.03.14

Obama unter wachsendem Druck: Er soll Russland stoppen

Von Peter Baker

The New York Times, 02.03.14

(<http://www.nytimes.com/2014/03/03/world/europe/pressure-rising-as-obama-works-to-rein-in-russia.html?hpw&rref=world>)

WASHINGTON – Während Russland mehr Soldaten geschickt und seinen Griff nach der Halbinsel Krim am Sonntag verstärkt hat, sucht Präsident Obama immer noch nach einer Strategie, mit der er Moskau isolieren und daran hindern könnte, noch mehr ukrainisches Territorium zu besetzen; zu Hause gerät Obama zunehmend unter Druck, weil von ihm erwartet wird, dass er entschiedener reagiert.

Vom Oval Office aus telefonierte Obama mit den Verbündeten; er schickte seinen Außenminister John Kerry nach Kiew und genehmigte eine Reihe diplomatischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die Russland "weh tun" sollen – wie es ein Regierungsvertreter formulierte. Berater und Kongressmitglieder fordern aber noch härtere Reaktionen.

"Legen Sie eine demokratische Schlinge um Putins Russland," drängte Senator Lindsey Graham, ein Republikaner aus South Carolina. "Beschleunigen Sie den Aufbau des Raketenabwehrschildes," schlug Senator Marco Rubio, ein Republikaner aus Florida, vor. "Annullieren Sie Sotschi," empfahl der republikanische Abgeordnete Mike Rogers aus Michigan, der dem Geheimdienstausschuss vorsitzt, und meinte damit den G8-Gipfel, dessen Gastgeber diesmal Präsident Wladimir Putin wäre. "Werfen Sie ihn einfach aus dem G8-Gremium raus," forderte Senator Richard J. Durbin, ein demokratischer Einpeitscher aus Illinois.

Die Besetzung der Krim durch die Russen ist die größte internationale Herausforderung für Obama seit Beginn seiner Amtszeit, und viele stellen sich die Frage: Ist Obama hart genug, um sich mit dem ehemaligen KGB-Oberst (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/KGB>) im Kreml anzulegen? Das ist gewiss keine leichte Aufgabe. **Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel teilte Obama am Sonntag am Telefon mit, nach ihrem Gespräch mit Herrn Putin sei sie nicht mehr sicher, ob der noch einen "Bezug zur Realität habe", er scheine "in einer anderen Welt" zu leben. Das berichteten Leute, die über das Telefonat Obamas mit Frau Merkel informiert wurden.**

Was unterscheidet aus der Sicht Obamas diese Krise von anderen? Bei den Krisen um Syrien, den Iran, Libyen und Ägypten fanden die politischen Lager in Washington genau so wenig wie der Präsident die richtige Balance zwischen Härte und Flexibilität. Da der alte atomar bewaffnete Gegner jetzt aber wieder zum Kalten Krieg zurückkehrt und die Folgen schwerwiegender und die Herausforderungen größer erscheinen, sind sich auch die Kritiker (des Präsidenten) wieder einiger.

"Das ist der wichtigste, schwierigste außenpolitische Testfall seiner Präsidentschaft," sagte R. Nicholas Burns, ein Karriere-Diplomat, der Staatssekretär in der Re-

gierung George W. Bushs war. "Die Einsatz für den Präsidenten ist sehr hoch, weil er auch Oberbefehlshaber der NATO ist. Es gibt niemand in Europa, der so viel Macht wie er hat. Deshalb muss er jetzt führen."

Als Obama sein Amt antrat, hatte er fast keine außenpolitische Erfahrung, musste aber in einer von muslimischen Extremisten und Bürgerkriegen bedrohten Welt schnell harte Tests bestehen. Nach der Ausweitung des Drohnen-Krieges und einer anfänglichen Truppenverstärkung in Afghanistan sah er seine wichtigste Aufgabe darin, zwei lange Kriege zu beenden und keine neuen anzufangen.

In den letzten Wochen sind nun aber die Grenzen seines Einflusses deutlich geworden; Syrien verstärkt den Krieg gegen die Rebellen, und Afghanistan weigert sich, einen Vertrag zu unterzeichnen, der den Verbleib von US-Truppen sichern soll (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02814_160214.pdf). Durch die Krise in der Krim sieht sich Obama jetzt mit einer elementaren Bedrohung konfrontiert, die seine Vorgänger vier Jahrzehnte lang beschäftigt hat: mit einem geopolitischen Konflikt in der Mitte Europas. Erst hat die inzwischen gestürzte pro-russische Regierung in Kiew seine Warnung missachtet, nicht auf die Protestierenden zu schießen, und jetzt hat Putin trotz der Einwände Obamas Truppen in die Ukraine geschickt.

Von den Ereignissen überrascht, muss sich Obama jetzt etwas einfallen lassen. Mit zusätzlichen Truppen, die am Sonntag zur Verstärkung der nach US-Schätzungen bereits auf der Krim befindlichen 6.000 russischen Soldaten eintrafen, hat Putin die Halbinsel mit ihrer größtenteils russisch sprechenden Bevölkerung vom Rest der Ukraine abgetrennt.

"Die Halbinsel Krim wird jetzt komplett von russischen Truppen kontrolliert," sagte ein höherer Vertreter der US-Regierung, der anonym bleiben wollte.

Zwar hat keiner der wichtigen Politiker in Washington bisher auf ein militärisches Eingreifen gedrängt, aber viele möchten, dass Obama härter reagiert, als er das bisher getan hat. Senator Bob Corker aus Tennessee, der führende Republikaner im Auswärtigen Ausschuss, hat mit deutlichen Worten bereits einen von beiden Parteien getragenen Beschluss gefordert, der Sanktionen gegen Russland und Wirtschaftshilfe für die Ukraine vorsieht.

Der Präsident hat Putins Aktion verurteilt und sie als "Völkerrechtsbruch" bezeichnet. Härtere Formulierungen hat er seinem Außenminister Kerry überlassen, der am Sonntag von einem "schweren Fall von Aggression" und "einem erschreckenden Willkürakt Putins" sprach, der die "Schwäche" und "Verzweiflung" des russischen Präsidenten offenbare.

Außer mit Frau Merkel sprach Obama am Sonntag auch mit den Regierungschefs Großbritanniens und Polens und vereinbarte mit den westlichen Teilnehmerstaaten, die Vorbereitungen für den G8-Gipfel in Sotschi zu stoppen und die bedrängte ukrainische Regierung wirtschaftlich zu unterstützen. Die US-Regierung sagte außerdem die Reise einer US-Handelsdelegation nach Moskau und die Reise einer russischen Delegation nach Washington ab, die der Besprechung von Energieprobleme dienen sollten, und stornierte auch ein Treffen, bei dem man über die Kooperation der Seestreitkräfte verhandeln wollte.

In Fernsehinterviews kündigte Kerry an, dass die US-Regierung erwäge, den G8-Gipfel, der im Juni in Sotschi stattfinden soll, zu boykottieren und Russland aus dem Kreis der G8 auszuschließen. Die deutsche Regierung lehnte einen Ausschluss

Russlands jedoch öffentlich ab und desavouierte damit Obama, weil der, um wirklich Druck auf Russland ausüben zu können, unbedingt die Unterstützung Deutschlands braucht.

Obama hat nach Angaben seiner Berater Putin einen "Ausweg" aus der Krise angeboten – mit dem Vorschlag, die russischen Soldaten auf der Krim durch westliche (Militär-)Beobachter zu ersetzen. Auch die könnten die russisch sprechende Bevölkerung vor den befürchteten Bedrohungen schützen, die dem Kreml als Rechtfertigung für sein Eingreifen gedient haben.

Obamas Berater sehen keine Anzeichen für derartige Bedrohungen und halten sie für einen von Putin erfundenen Vorwand, der nur der Begründung seines Coups dienen sollte. Privat äußerten sie, Putin werde wohl nicht auf Obamas Vorschlag eingehen, und der US-Präsident werde die Besetzung der Krim wahrscheinlich nicht kurzfristig rückgängig machen können. Deshalb müsse versucht werden, eine Ausweitung der Besetzung auf die östliche Ukraine zu verhindern, weil es dadurch zu einer Spaltung des Landes käme.

Einige Spezialisten für die Region (um das Schwarze Meer) empfahlen Obama den Chor der Scharfmacher zu ignorieren und sich stattdessen auf eine Entschärfung der Krise zu konzentrieren, weil die auch eskalieren könnte. Andrew Weiss, der einer der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Bill Clinton war, empfahl der Obama-Regierung, sie solle unbedingt versuchen, einen offenen Krieg zwischen der Ukraine und Russland zu verhindern, und fügte hinzu: "Wenn wir härter regieren, können wir vielleicht ein paar Punkte sammeln, werden aber den Krieg (um die Ukraine) verlieren."

Die Krise wirft ein grelles Schlaglicht auf die Außenpolitik Obamas, die Kritikern für zu passiv halten.

Senator Corker führte die forsche Invasion Putins darauf zurück, dass Obama im September 2013 nach dem Giftgasangriff in Syrien wegen des Widerstandes aus beiden großen Parteien auf einen Luftschlag (gegen syrische Regierungstruppen) verzichtet hat. Stattdessen hatte er ein russisches Angebot akzeptiert, gemeinsam die syrischen Chemiewaffen zu beseitigen.

"Seit unsere Regierung im Syrien-Konflikt Russland nachgegeben und nicht das getan hat, was sie angekündigt hatte, kennt Putin Obamas Schwäche," erklärte Corker. "Jetzt erleben wir die Folgen."

Hätte Obama Syrien damals aus der Luft angegriffen, hätte er auch dafür bezahlen müssen, weil er den Willen des Kongresses missachtet und die Ablehnung der kriegsmüden US-Bevölkerung ignoriert hätte. Republikaner, die eine Intervention in Syrien abgelehnt hatten, sind beim Krim-Konflikt anderer Meinung.

Senator Rubio, der gegen ein militärisches Eingreifen in Syrien war, befürchtet, dass dieser Konflikt (mit Russland) schwerwiegende Auswirkungen auf die Interessen der USA haben könnte. Die Auseinandersetzung um die Krim gefährde die Freiheit und den hart umkämpften US-Sieg über den Totalitarismus im Kalten Krieg. Deshalb fordern sogar Republikaner, die gegen einen Militäreinsatz in Syrien waren, Obama solle einen härten Kurs gegen Putin einschlagen.

"Die durch den Kalten Krieg erzielten Erfolge und die danach festgelegten Grenzen stehen hier auf dem Spiel," sagte Rubio in einem Interview.

Obama-Berater weisen den Vorwurf zurück, der Präsident habe Putin unterschätzt. Von Anfang an habe er die Möglichkeit zu einer vernünftigen Zusammenarbeit mit Putin sehr nüchtern gesehen. Auch Präsident Bush habe schon 2008 weder mit Drohungen noch mit gutem Zureden Putin daran hindern können, Krieg gegen Georgien, eine andere ehemalige Sowjetrepublik, zu führen (weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf).

Obama ist nicht sofort so hart vorgegangen, wie viele in Washington wollten, weil er vor allem sicherstellen wollte, dass die traditionellen Verbündeten der USA mitziehen. Im Oval Office hat er am Wochenende in Jeans und mit mürrischem Gesicht hart gearbeitet; einer seiner Berater ließ durchblicken, dass er von dort aus mit den Regierungschefs anderer G8-Staaten telefoniert hat, um sie auf ein gemeinsames Vorgehen einzuschwören.

Vertreter der US-Regierung äußerten, unabhängig von den Reaktionen der USA habe sich Putin schon jetzt verrechnet, weil sich sein Handeln sehr negativ auf die Währung und die Märkte Russlands ausgewirkt habe. "Putin hat versucht, aktuelle Probleme mit Entscheidungen zu lösen, die im 19. und vielleicht auch noch im 20. Jahrhundert angemessen gewesen wären," sagte ein US-Offizieller. "Er sollte langsam begreifen, dass er im 21. Jahrhundert lebt und es mit einer eng verzahnten Weltwirtschaft zu tun hat."

Jonathan Weisman hat zu dem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel, dem anzumerken ist, wie verblüfft und ratlos nicht nur die US-Regierung, sondern auch die US-Medien darauf reagieren, dass sie mit Russland und Putin nicht so umspringen können, wie sie das mit anderen Staaten und deren Staatsoberhäuptern getan haben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

Pressure Rising as Obama Works to Rein In Russia

By PETER BAKER
MARCH 2, 2014

WASHINGTON — As Russia dispatched more forces and tightened its grip on the Crimean Peninsula on Sunday, President Obama embarked on a strategy intended to isolate Moscow and prevent it from seizing more Ukrainian territory even as he was pressured at home to respond more forcefully.

Working the telephone from the Oval Office, Mr. Obama rallied allies, agreed to send Secretary of State John Kerry to Kiev and approved a series of diplomatic and economic moves intended to "make it hurt," as one administration official put it. But the president found himself besieged by advice to take more assertive action.

"Create a democratic noose around Putin's Russia," urged Senator Lindsey Graham, Republican of South Carolina. "Revisit the missile defense shield," suggested Senator Marco Rubio, Republican of Florida. "Cancel Sochi," argued Representative Mike Rogers, the Michigan Republican who leads the Intelligence Committee, referring to the Group of 8 summit meeting to be hosted by President Vladimir V. Putin. Kick "him out of the G-8" altogether, said Senator Richard J. Durbin of Illinois, the Democratic whip.

The Russian occupation of Crimea has challenged Mr. Obama as has no other international crisis, and at its heart, the advice seemed to pose the same question: Is Mr. Obama tough enough to take on the former K.G.B. colonel in the Kremlin? It is no easy task. Chancellor Angela Merkel of Germany told Mr. Obama by telephone on Sunday that after speaking with Mr. Putin she was not sure he was in touch with reality, people briefed on the call said. "In another world," she said.

That makes for a crisis significantly different from others on Mr. Obama's watch. On Syria, Iran, Libya and Egypt, the political factions in Washington have been as torn as the president over the proper balance of firmness and flexibility. But as an old nuclear-armed adversary returns to Cold War form, the consequences seem greater, the challenges more daunting and the voices more unified.

"It's the most important, most difficult foreign-policy test of his presidency," said R. Nicholas Burns, a career diplomat who became under secretary of state in the George W. Bush administration. "The stakes are very high for the president because he is the NATO leader. There's no one in Europe who can approach him in power. He's going to have to lead."

Mr. Obama came to office with little foreign-policy experience and has been repeatedly tested by a new world in which the main threats are Islamic extremism and civil war. While increasing drone strikes and initially building up forces in Afghanistan, he has made it his mission to pull out of two long wars and keep out of any new ones.

But the limits of his influence have been driven home in recent weeks, with Syria pressing its war against rebels and Afghanistan refusing to sign an agreement allowing residual American forces. Now the Crimea crisis has presented Mr. Obama with an elemental threat reminiscent of the one that confronted his predecessors for four decades — a geopolitical struggle in the middle of Europe. First, the pro-Russian government in Kiev, now deposed, defied his warnings not to shoot protesters, and now Mr. Putin has ignored his admonitions to stay out of Ukraine.

Caught off guard, Mr. Obama is left to play catch-up. With thousands of reinforcements arriving Sunday to join what American officials estimated were 6,000 Russian troops, Mr. Putin effectively severed the peninsula, with its largely Russian-speaking population, from the rest of Ukraine.

"Russian forces now have complete operational control of the Crimean peninsula," a senior administration official said on the condition of anonymity.

No significant political leaders in Washington urged a military response, but many wanted Mr. Obama to go further than he has so far. Senator Bob Corker of Tennessee, the top Republican on the Foreign Relations Committee, has already devised language to serve as the basis for possible bipartisan legislation outlining a forceful response, including sanctions against Russia and economic support for Ukraine.

The president has spoken out against Mr. Putin's actions and termed them a "breach of international law." But he has left the harshest condemnations to Mr. Kerry, who on Sunday called them a "brazen act of aggression" and "a stunning willful choice by President Putin," accusing him of "weakness" and "desperation."

In addition to Ms. Merkel, Mr. Obama spoke with his counterparts from Britain and Poland on Sunday and won agreement from all the other G-8 countries to suspend preparations for the Sochi meeting and find ways to shore up the economically fragile Ukrainian govern-

ment. The administration also canceled a trade mission to Moscow and a Russian trip to Washington to discuss energy while vowing to also scrap a naval-cooperation meeting with Russia.

In television interviews, Mr. Kerry suggested that the United States might impose sanctions, boycott the Sochi meeting in June and expel Russia from the G-8. Germany, however, publicly expressed opposition to expulsion, an ominous sign for Mr. Obama since any meaningful pressure would need support from Berlin.

But Mr. Obama offered Russia what aides called an “offramp,” a face-saving way out of the crisis, by proposing that European observers take the place of Russian forces in Crimea to guard against the supposed threats to the Russian-speaking population cited by the Kremlin as justification for its intervention.

Mr. Obama’s aides said that they saw no evidence of such threats and considered the claim a bogus pretext, and that they wanted to call Mr. Putin’s bluff. Privately, they said they did not expect Mr. Putin to accept, and they conceded that Mr. Obama probably could not reverse the occupation of Crimea in the short term. They said they were focusing on blocking any further Russian move into eastern Ukraine that would split the country in half.

Some regional specialists said Mr. Obama should ignore the talk-tough chorus and focus instead on defusing a crisis that could get much worse. Andrew Weiss, a national security aide to President Bill Clinton, said the Obama administration should be trying to keep Ukraine and Russia from open war. “For us to just talk about how tough we are, we may score some points but lose the war here,” Mr. Weiss said.

The crisis has trained a harsh spotlight on Mr. Obama’s foreign policy, with critics asserting that he has been too passive.

Mr. Corker traced the origins of Mr. Putin’s brash invasion to September when, in the face of bipartisan opposition in Congress, Mr. Obama pulled back from plans to conduct an airstrike on Syria in retaliation for a chemical-weapons attack on civilians. Instead, he accepted a Russian offer to work jointly to remove the chemical weapons.

“Ever since the administration threw themselves into the arms of Russia in Syria to keep from carrying out what they said they would carry out, I think, he saw weakness,” Mr. Corker said of Mr. Putin. “These are the consequences.”

Of course, had Mr. Obama proceeded with an attack, he would have paid a different price for ignoring the will of Congress and the grave misgivings of an American public weary of war. Republicans who opposed confrontation in Syria insist this is different.

Mr. Rubio, who opposed authorizing force in Syria, agreed that that conflict had serious ramifications for American interests. But he said the showdown in Crimea was about freedom itself and the hard-fought American victory over totalitarianism in the Cold War. In that sense, even Republicans who opposed Mr. Obama in Syria were pushing for a hard line against Mr. Putin.

“The very credibility of the post-Cold War world and borders is at stake here,” Mr. Rubio said in an interview.

Obama aides reject the notion that he has underestimated Mr. Putin. From the beginning, they said, he had a cold-eyed assessment of the possibilities and limitations of engage-

ment with Mr. Putin. And they noted that neither President Bush's reputation for toughness nor his courtship of Mr. Putin stopped Russia from going to war in 2008 with another neighbor, the former Soviet republic of Georgia.

While Mr. Obama has not gone as far as many in Washington want him to go, the president has been less focused on immediate actions than on making sure he and America's traditional allies are on the same page. Working from the Oval Office over the weekend, wearing jeans and a scowl, he called several of his G-8 counterparts to "make sure everybody's in lock step with what we're doing and saying," according to a top aide.

Administration officials said Mr. Putin had miscalculated and would pay a cost regardless of what the United States did, pointing to the impact on Russia's currency and markets. "What we see here are distinctly 19th- and 20th-century decisions made by President Putin to address problems," one of the officials said. "What he needs to understand is that in terms of his economy, he lives in the 21st-century world, an interdependent world."

Jonathan Weisman contributed reporting.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern